

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der in neuem ja entfalteten Zugespinn ist freilich, der Januar-Preis beträgt 35 Cent. Besondere Belegbedingungen, wenn man nur die Zeitungen für die kommende Woche bestellt. Hallesche Nachrichten-Verlagsgesellschaft, John Str. 10.

Die Ausgaben werden nach Monats-Teilen berechnet, die Preise sind freilich. Bestellungen: Hans Drenowatz 1 und Oskar Paulsenstraße 17, Leipzig. Comm.-Nummer 743. Druck-Anstalt: „Verlagsgesellschaft Halle'sche Zeitung“, Hans Drenowatz 1 und Oskar Paulsenstraße 17, Leipzig. Verleger: John Str. 10.

Das Schicksal des Handwerks.

Bezeichnung von den Erwerbslosenbeiträgen. Unterstützung für Handwerker.

Die großen politischen und wirtschaftlichen Nöte unserer Zeit haben uns vielfach den Blick dafür geöffnet, daß heute ganze Erwerbsstände ihrem vollen wirtschaftlichen Wert entgegengehen. Man ist geneigt, heute so viel über Grund, Hungernöte und Verarmung zu lesen und zu hören, daß wir völlig abgestumpft zu werden drohen, wenn immer weitere Erwerbsstände mit in den Strudel der Verarmung hineingeworfen werden. Es ist das traurige Schicksal des Mittelstandes, dessen wir hier zu besprechen dürfen, da auf dem Mittelstand nicht zuletzt die deutsche Kultur beruht. Heute ist der Blick unter den Schichten des Mittelstandes auf den Handwerker gefallen, das gerade jetzt dieser um seine Existenz kämpft, da die Verschärfung des Handwerksgesetzes so gut wie gänzlich gescheitert ist. Auch beim Handwerk hat man verstanden, daß kein staatsnotwendiges Volksglied um ihre Existenz ringen. Als der Reichsarbeitsminister Reichmann mit der Reichsarbeiterschaft in Verbindung trat und ihre Arbeitgeber zur Beitragsleistung für die Erwerbslosenunterstützung herausforderte, wurden diese Erleichterungen für das Handwerk geschaffen, trotzdem, man kann wohl sagen, seit die ersten Sähen der Erwerbslosenunterstützung juristisch. Nichtsdestoweniger mühen sich die an den Seiten der Erwerbslosenunterstützung mittragen, wodurch ihre Existenz aus neu schwer bedroht ist.

Gegenüber dieser Ungerechtigkeit hat sich der vormalige Reichsarbeitsminister Dr. Greiner auf Beschwerden des Handwerks hin mit entsprechenden Vorstellungen an den Reichsarbeitsminister direkt gemeldet. Es wurde gefordert, daß diejenigen Handwerker, welche drei oder weniger Angestellte beschäftigen, von den Beiträgen zur Erwerbslosenunterstützung freigestellt werden. Weiterhin wurde verlangt, daß die Handwerker zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes dann Hilfe aus der Mittelstandsunterstützung erhalten, wenn sie durch die Verschärfung der Erwerbslosenunterstützung in die Lage kommen, aus ihrem Handwerksbetriebe hinter einen zu bestimmten Beträge zurückzufallen. Weiterhin wurde verlangt, daß die Handwerker zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes dann Hilfe aus der Mittelstandsunterstützung erhalten, wenn sie durch die Verschärfung der Erwerbslosenunterstützung in die Lage kommen, aus ihrem Handwerksbetriebe hinter einen zu bestimmten Beträge zurückzufallen. Weiterhin wurde verlangt, daß die Handwerker zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes dann Hilfe aus der Mittelstandsunterstützung erhalten, wenn sie durch die Verschärfung der Erwerbslosenunterstützung in die Lage kommen, aus ihrem Handwerksbetriebe hinter einen zu bestimmten Beträge zurückzufallen.

Revolution in Mexiko.

Paris, 9. Dezember. Neue Staaten von Mexiko haben ihre Unabhängigkeit proklamiert. Die Beamten der Zentralregierung wurden benannt. Der Kommandant der Streitkräfte im Süden von Mexiko, die Marinekommandanten und die Kommandanten der Generäle Sanchez haben sich auf die Seite der Rebellen geschlagen. Die Abgeordneten der ausländischen Provinzen haben sich in Veracruz versammelt, um eine provisorische Regierung zu bilden.

London, 10. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Korrespondent der „Times“ in Neuquay teilt mit, daß der mexikanische Regierungsrat erklärt habe, daß drei Garzonisten sich definitiv gewidmet hätten, um die Besetzung der Generäle Sanchez überzureißen. Der Eisenbahnverkehr zwischen der Stadt Mexiko und Veracruz ist unterbrochen. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die amerikanische Regierung die Situation als sehr ernst ansehe. Nach einer Panzerkommunikation aus Mexiko ist auch General Estrada zu den Aufständischen übergegangen.

Die Auswirkung der englischen Wahl.

Salzwin provisorisch Ministerpräsident? Pacific Entzweiung. Paris, 10. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem Bericht des Agenten Janos in London erklärt man in gut unterrichteten Kreisen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Stanley Baldwin nach dem Rücktritt als Premierminister sich bereit erklären werde, provisorisch Ministerpräsident zu bleiben. — Bis auf etwa ein Dutzend noch ausstehender Ergebnisse in entgegenstehenden Kreisen stehen die Wahlsieger jetzt endgültig fest und erwarten die vollständige Wiederlage der Regierungspartei. Die Konservativen werden 100 Sitze bekommen 19 Sitze; die Gesamtwahl beträgt 490 Sitze. Die Liberalen eroberten 45, die Arbeiterpartei 48 Sitze.

Paris, 10. Dezember. Tardieu schreibt im „Echo National“: „Keine von den Revolutionen, von denen man spricht, verleiht für Frankreich, was ich fürchte, etwas Gutes. Es führt zu nichts, wenn man den Kopf in den Sand steckt, um nicht sehen zu wollen. Das französische Volk wird sich nicht so leicht so leicht langem heile. Es müßte gerade ein Wunder geschehen, wenn die Schwierigkeiten nicht morgen noch größer wären.“ — Dem Journalist hat im Generalschaftsblatt „Le Peuple“: „Das englische Volk müßte erkennen, wie auch immer die kommende Regierung sein mag. Dem muß die Rechnung tragen. Sie wissen, daß das französische Interesse haben? Wir glauben, daß eine Kontinuität besteht. Es kann also sein, daß diese ohne Frankreichs Zustimmung, wenn die Disposition unter der Regierung bestehen bleibt. Dann würden wir zur vollständigen Notifizierung gelangen. Aber die Reparationsfrage würde vielleicht endlich aus der Sadale herauskommen, in der sie sich verfahren hat. Die französischen Interessen haben jedoch nichts zu verlieren.“ — Von der letzten Presse wird Stanley Baldwin auch

heute, zumal dem „Journal des Debats“ wegen seiner verfehlten Taktik und der Zeitlichkeit, mit der er die Wahlen herauszubekommen habe, unmaßstäblich kritisiert. Das bedeutendste Organ der französischen Weltwirtschaft, „L'Echo du Commerce“, schreibt: „Das Ergebnis der englischen Wahlen ist für Frankreich in wirtschaftlicher Beziehung ausgesprochen, in politischer sehr schlecht.“

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.

Der Inhalt noch nicht bekannt.

London, 9. Dezember. Heute meldet aus Washington: Ein neuer Handelsvertrag zwischen dem Vereinigten Staaten und Deutschland ist heute vom Staatssekretär Hughes und dem deutschen Botschafter Westfeld unterzeichnet worden.

Aber die Vorgeschichte des neuen abgeschlossenen deutsch-amerikanischen Handelsvertrages erschaffen wir: Als der deutsche Botschafter Dr. Westfeld vor einiger Zeit in Berlin wiederholt Konsultationen mit dem amerikanischen Botschafter, Kommandant Dr. Westfeld, über den neuen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag mit nach Amerika hinübernahm. Über Inhalt und Wortlaut des Vertrages Auskunft zu geben, lehnte der Botschafter ab. Inzwischen hat man in Amerika die Verhandlungen aufgenommen worden, worüber der Unterzeichnung aber keinerlei Anstöße gegeben werden könnten. Annehm ist die Unterzeichnung in Washington erfolgt, trotzdem soll man aus dem Wesen Sans nur langsam mit, daß ein Vertrag auf der Grundlage der Wirtschaftskriegshandlung abgeschlossen werden ist. Ein Berliner zukünftiger Stelle aber vermag man immer noch nicht den abgemauerten Scheiter, der über dieser Angelegenheit liegt, zu läßt.

Regierung und Rheinlandvertreter.

Das neue Kohlenpreiskriterium. Aufgehobene Ausweisungen.

Berlin, 9. Dezember. Wie die „Telegraphen-Union“ zuverlässig berichtet, sind die Besprechungen des Reichsrats mit den Rheinlandvertretern zwar noch außen hin zu Ende gegangen, und die Vertreter sind in das heilige Gebiet abgereist, doch hat keine Beschäftigung des Reichsrats stattgefunden. Ausweisungen in mehr als hundert Fällen anzuordnen, daß alle die Politik betreffenden Fragen vorläufig zurückgestellt werden sollen, und daß die wichtigsten und ausgleichenden wirtschaftlichen Ermäßigungen im Vordergrund stehen müssen, weil die Wiederantritte des Reichs, die volle Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, wie sie vor dem Kriegesausbruch bestanden hat, und weil die endgültige Regelung der Währungsverhältnisse in dem heiligen Gebiet wichtiger als andere Fragen sind.

Ellen, 10. Dezember. Nach mehrmaligen eingehenden Beratungen erklärte sich die in Ellen verammelten dem bisherigen Rheinlandvertretern angedehnten Jahresbeiträge mit der Umänderung des Subsidiums in die zu gründende „Erstellung und Verantwortung“ anfang für Kupfer, Zink, Eisen, in „Eisen“ einverleihen.

Paris, 9. Dezember. Aus Düsseldorf wird dem „Temps“ gemeldet, daß bisher 120 Ausweisungsbefehle juristisch angenommen worden sind. Hieron besitzen 60 auf Privatleute und 60 auf Beamte. Ferner sind 87 Strafverurteilungen ausgesprochen worden, 43 gegen Industrielle, 6 gegen Arbeiter und Angestellte, der Rest gegen Beamte.

Separatistengehebel.

Eisenfeld, 9. Dezember. Eine etwa 150 Mann starke Separatistenbande führt in Kalifornien und schwer bewaffnet an die Grenze des benachbarten Gebietes und schließlich zwei an der Grenze dienlich befestigte Betriebsstätten der Eisenbahn über die Grenze. Sie hielten dann ein „Landgericht“ über die beiden Beamten ab und nur dem Umfang, daß die von einem Beobachter telefonisch alarmierte Schutzpolizei die Bande übernahm, ist es zu verdanken, daß die Banditen an der Ermöglichung der beiden Beamten verhindert wurden. Ein Teil der Bande konnte festgenommen werden.

Wien, 9. Dezember. Wie die Polizeidirektion in Wiesbaden mitteilt, wurde gestern abend ein Geldtransport der Reichsbankstelle Wiesbaden auf der Straße Frankfurt a. M. — Wiesbaden von bewaffneten Separatisten, die zwei Autos bei sich führten, überfallen. Es wurden für 240 Millionen Reichsbankgelder in Zweimillionen Scheinen, deren Nummer noch nicht bekannt sind, geraubt.

Duisburg, 10. Dezember. Der separatistische „Bürgermeister“ von Duisburg, Engel, hat während seiner Amtsperiode große Verhältnisse an Wohl verschaffen und darauf noch belagerten Kreisdelegierten in Duisburg ein Ultimatum erlassen, das die unzureichende Wiederbeschaffung des Reiches anordnete. Engel wandte sich an seine separatistischen Freunde und zwar an den „Arbeitsminister“ Dehnen. Dehnen wollte sich anfangs den lästigen Kommunisten vom Halle schaffen und erklärte, die Rheinlandpartei könne keine Kredit mehr. Am Abend des letzten Tages mußte Dehnen allerdings erklären, man habe noch einmal Kredit von der Rheinlandpartei in Million erhalten, und Engel bekomme davon 5000 Franken. Falls er zur Richtung Dorten überginge, sollte er einige Tage darauf noch mehr erhalten.

Polbeamtenstreik in Oesterreich.

Wien, 9. Dezember. Das erweiterte Aktionskomitee der Bundesangehörigen hat in einer nachmittags abgeschlossenen Konferenz, von Montag 6 Uhr morgens an für den Volk, Telegraphen- und Fernsprechnetz Oesterreichs sowie für das Postwesen in Wien in den Streik zu treten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß aus dem Poststreik sich allmählich ein Generallstreik sämtlicher Bundesangestellter entwickelt.

Endlich Reichstagsferien!

Aufgabe der Regierung nach Annahme des Ermäßigungsgeleges.

„Zum best Gefehl, es ist so lang und kein, daß, daß du's im Oktober angenommen, bereit es im November tag und kein! Aber ist doch die große und kommen, daß aber Mann und der Gefehl und Pfund! Das Haupt und nicht anders das befehlen? Wie du nicht völlig blind für jedes Licht. Es muß ja dich gleich einem Kranken sehen; daß findet er auf seinem Nerven nicht! Und es muß ja, daß, das Gefehl zu entgegen.“ — Dante, Göttliche Komödie, Jägerleg, 6. Gesang.

Als man der alte italienische Dichter ahnungsvoll dem deutschen Reichstag von 1923 vorausgesprochen hätte! Andere Volksboten werden gut tun, sich während der festgesetzten Reichstagsferien die Seele aus der zeitlichen Kammer als auf die geringst recht gut einzuräumen und, wenn sie Ende Januar wieder auf der Wilschleife erscheinen, so zu handeln, daß nicht das, was sie heute an Gehehen laufen, morgen zerteilt, um übermorgen wieder geleimt zu werden. Das Volk atmet erleichtert auf. Zeit kann zu allen Geschäften werden, nachdem der Wochen lang über die Regierungserfolg, mit der Einführung anfang! Wir müßten ja gern mehr tun, aber wir haben doch kein Ermäßigungsgegesetz! Die Ermäßigungsgegesetz hat das eine Gute gebracht, daß die Regierung in dem zweiten Ermäßigungsgegesetz eine Vollmacht in der Hand hat, die nicht an Parteien gebunden ist, und die sich auch auf die lebenswichtige Frage „Schonung der deutschen Produktion durch Wirtschaft“ erstreckt. In dem Wege des Reichshandels der Regierung ein parlamentarischer Überwachungsanspruch nur der Kasse gestellt worden, der zu allen Fortschritten seinen Sinn — Vereinfachung, sein Gutachten — abgeben soll. Eiferstigkeit wird er werden, daß die Regierung durch das Ermäßigungsgegesetz nicht übermäßig werde, und die Neben, die sonst im Parlament gefehlt werden, werden in ihrem Ausmaß vom Senat gelassen werden und der Regierung letztere dazu rauben. Aber wenn die Regierung Marx Kasse genug ist, dann wird die sich durch die überflüssige parlamentarische Kontrolle nicht die Flügel befehlen lassen und dem widerwärtigen Schimpf, das die Parteien des Reichstages in den letzten Wochen haben, auch dann ein Ende machen, wenn der Ausschuss eine Aufführung im kleineren Kreis veranlassen sollte.

Die Regierung scheint sich an die notwendigen Dinge heranzusetzen zu wollen. Goldmünzen sollen der erste Schritt sein zum Abbau der festgestellten und überflüssigen Wohnungszwangswirtschaft. Es handelt sich dabei nicht um Profite der Hausbesitzer, sondern darum, den Raumart wieder aufzurichten, nachdem alle Bestände, die durch Zwangsabgaben zu erzielen, festgelegt sind. Daneben bringt die ständig wachsende Arbeitslosigkeit dem Reichsgegenstand zu schaffen. Zum zweiten will die Regierung sofort an eine Regelung des Arbeitszeitproblems herangehen, nachdem lothbare Wochen und Monate durch den Berliner Parteivierkampf verloren sind. Die Zwischenlösung des Wohnungsproblems, wie sie die Regierung Stresemann hinterlassen hat, wird sich in wirklich erfreulichen Sinne in vielen Tagen aus. Aber ein Erfolg kann für uns festhalten sein, wenn gleichzeitig in Deutschland mehr erzeugt wird. Arbeit für die Wirtschaft allein werden dieses Ziel nicht erreichen, vielmehr braucht die Wirtschaft selbst, um sich wieder aufzurichten, freien Spielraum und die Vereinfachung, dauernd, nicht vorübergehend, von den Helfen, die ihr fünf Jahre lang die Revolutionen zerschlagen haben, ausgeht haben. Dies um so mehr, als man heute in Deutschland mehr erzeugt wird. Arbeit für die Wirtschaft allein werden dieses Ziel nicht erreichen, vielmehr braucht die Wirtschaft selbst, um sich wieder aufzurichten, freien Spielraum und die Vereinfachung, dauernd, nicht vorübergehend, von den Helfen, die ihr fünf Jahre lang die Revolutionen zerschlagen haben, ausgeht haben. Dies um so mehr, als man heute in Deutschland mehr erzeugt wird.

Und schließlich als letztes in diesem Zusammenhang: Es ist klar, daß die Überzeugung nicht durch Kontinuität und Streiks erfüllt werden darf, mag auch die Not, in die Volk, Vaterland und Wirtschaft durch eine fünfjährige laßliche Politik geraten sind, sich jetzt bitter in jeder Privatwirtschaft, an jedem einzelnen, rächen. Wir haben es mehr zu verlieren als Revolutionen, die uns die Wirtschaft, die auf dem Papier stehen, als gemeinschaftliche Marktpolitik und als Tariffrage, begründet auf Jünger und Multiplikator. Und wir wollen uns auch nicht in Sicherheit einlassen lassen durch die Stabilität in der Währung, durch Kreislauf und reichliches Warenangebot. Die Wirtschaftliche ist so schwer, als sie sich in der allernächsten Zahl der Reichslosen darstellt, so schwer, daß wir jeder einzelne vorerst in unsere Reduktion der Einbringungsfaktor einstellen müssen, den die Regierung von unten Beamten fordert. Es wird ein langer und harter Weg sein, den wir gehen müssen, um nicht als Nation zu sterben. Zum zweiten Male ist sich die Regierung an, Stück um Stück aufzubauen. Hoffen wir, daß nicht zum zweiten Male Parteien über guten Willen genötigt sind. Hoffen wir, daß sie die Kraft findet, das, was in fünf Jahren durch parlamentarische Wirtschaft wurde gerichtet wurde, ohne Rücksicht auf Novemberrevolutionen und die Kritik der Weltwirtschaft der Sozialdemokratie, langsam und zielbewußt wieder zu einem Bau aufzurichten, in dem das deutsche Volk wirtschaftlich und heilig gelunden kann.

Das Ermäßigungsgegesetz angenommen.

Berlin, 9. Dez. Ein einstimmig nahm, daß der Reichstag seine Lebensdauer eine glänzende Entscheidung über das Ermäßigungsgegesetz noch einmal verlängert. Gegen 4 Uhr fand die namentliche Abstimmung statt, an der die 352 Abgeordneten teilnahmen. Die zur Verlesung vorgeschriebene Annahme von zwei Dritteln der Reichstagsmitglieder (300) war also überschritten, obwohl die Deputationslisten sich an der Abstimmung nicht beteiligten.

